Nach Genf

Außenpolitik / Innenpolitik / SPD-Parteitag

Von Thes Neubauer

Noch ist der Außenminister Curtius nicht aus Genf zurückgekehrt und schon erschallt nicht nur aus dem Hitler-Hugenberg-Lager sondern auch aus den Reihen seiner eigenen Partei — aus den Spalten der Deutschen Allgemeinen Zeitung — der Ruf nach seinem Rücktritt und bescheinigt damit der Regierung die Niederlage, die sie in Genf erlitten hat. Verraucht ist der „moralische Erfolg", mit dem Curtius aus den Polendebatten der Genfer Januartagung zurückkam; diesmal verläßt er die Völkerbundstagung als der in allen Punkten, sowohl in der Zollunionsfrage wie in der Abrüstungsfrage, Geschlagene, als der „blamierte Mitteleuropäer".

Für jeden, der die Umstände dieser Genfer Konferenz einigermaßen nüchtern betrachtete, mußte es von vornherein unbegreiflich erscheinen, mit welchen Illusionen die deutsche Bourgeoisie nach Genf ging. Die Hoffnungen auf englische und italienische Unterstützung haben sich wiederum prompt als Trugschlüsse erwiesen; weder Henderson noch Grandi haben Neigung gezeigt, den Herren Curtius und Schober beizuspringen. Selbst ein Blatt wie der Vorwärts, der doch sonst aus allen Blüten Honig für die Außenpolitik des Ministers Curtius gesammelt hat, muß zugeben, daß Deutschland mit dem Plan der Zollunion bisher keine Lorbeeren geerntet, sondern sich nur in eine völlige Isolierung hineinmanövriert habe.

Selbst wenn der „Kompromißantrag" Hendersons, die Zollunion bis nach der Entscheidung der juristischen Experten im Haag zu vertagen, noch nicht die Erledigung dieses Projektes bedeutete, so haben doch Frankreich und seine Vasallenstaaten bereits ihren endgültigen Widerspruch so unzweideutig zum Ausdruck gebracht, und eine erneute Behandlung der Frage vor dem politischen Gremium in Genf angekündigt, daß trotz aller „Verwahrungen" von seiten des deutschen Außenministers an eine Realisierung dieses Projektes auf absehbare Zeit nicht zu denken ist.

Mit der Genfer Niederlage belastet wollen nun die Leiter der deutschen Politik, Brüning und Curtius, nach Chequers gehen, Henderson besuchen. Das sie dort eine günstigere Wendung der Zollunionsfrage herbeiführen könnten dürfte kaum noch jemand erwarten. Wollen sie dort nur „Atmosphäre" machen, oder haben sie die Absicht, in den vertraulichen „Wochend"-Besprechungen das Projekt des „Reparationsfeierjahres" zu starten, wie es gegenwärtig in den Spitzen des Brüningsblocks immer dringlicher erachtet wird? Dies könnte sehr leicht zu einer neuen Niederlage Brünings führen und es scheint, als ob das gegenwärtige Kabinett nicht mehr viele solcher Niederlagen vertragen kann.

Denn die innenpolitische Position der Regierung ist schon durch die letzte Genfer Niederlage erneut stark geschwächt.

Die Wahl in Oldenburg hat erneut gezeigt, daß die Zersetzung des Regierungsblocks mit großen Schritten fortschreitet. Von seinen halbfaschistischen Flügelparteien an (Landvolk, Wirtschaftspartei, Christlichsozialer Volksdienst) bis zur Sozialdemokratie, mit alleiniger Ausnahme des Zentrums, haben alle Parteien, auf die sich Brüning stützt, eine katastrophale Niederlage davongetragen.

Betrübt konstatiert die „Germania": „Der Fieberzustand hält an, wie auch die große Not noch anhält, in der wir gegenwärtig leben."

Die Wahl in Oldenburg hat zugleich auch für die Perspektive der nächsten Entwicklung wichtige Aufschlüsse gegeben. Statt der mit der Saisonbelebung des Frühjahrs erhofften Besserung der Wirtschaftslage ist eine weitere Verschlechterung eingetreten und die vertiefte Krise wirkt weiter revolutionierend auf die breitesten Volksmassen. Wir werden im kommenden Herbst und Winter eine Zuspitzung der inneren Lage haben, die selbst die großen Spannungen des letzten Jahres bei weitem übertrifft.

Angesichts dieser Lage sind die offenen faschistischen Tendenzen im Lager der deutschen Bourgeoisie stark im Wachsen. Jetzt gesteht sogar der Vorwärts: „Das Bürgertum wirft sich dem Rechtsradikalismus in die Arme". Ueber diesen Faschisierungsprozeß schrieb in der Deutschen Republik, der Zeitschrift des Innenministers Dr. Wirth, der „linke" Zentrumsmann Thormann vor kurzem einen Artikel, der erkennen läßt, wie klar man in diesen Kreisen die Entwicklung schon sieht:

„Die Mehrheit des deutschen Bürgertums ist der faschistischen Ideologie gewonnen, auch wenn sie sich nicht zu den Methoden Hitlers und Hugenbergs bekennt. . . Der Antibolschewismus ist nicht erst seit heute oder gestern die Maske, mit der sich die Internationale der Reaktion tarnt . . Im Lande draußen ist der Einbruch längst erfolgt. Die Breiche ist breit genug, ein ungehemmtes und unaufhaltsames Einströmen faschistischer Ideologie hinter scheindemokratischen Fassaden zu ermöglichen."

Mit dem Abströmen ihrer breiten Wählermassen in das Lager des offenen Faschismus werden auch die Parteien des Brüningblocks immer näher an Hitler-Hugenberg herangezogen. Die Vertiefung der Krise im Lande und das Fiasko in der Außenpolitik verstärken den Druck auf Brüning zur Umbildung seines Kabinetts im Sine der „nationalen Opposition" Hitlers und Hugenbergs.

In den Reihen der Sozialdemokratie ist die Besorgnis, daß Brüning im Herbst doch zu einer Umbildung seines Kabinetts schreiten und den Pakt mit Hitler und Hugenberg, über den er im vorigen Herbst erfolglos verhandelt hat, eingehen könnte, erheblich gewachsen. Man weist darauf hin, daß Hitlers neuerliche Schwüre auf den Legalismus und die Romreise des Hitlermannes Göhring keinen anderen Zweck hätten, als den Weg für den Eintritt der Nationalsozialisten in die Reichsregierung zu ebnen, und spricht bereits offen von einer solchen „Drehung Brünings nach rechts". Diese Entwicklung muß die Krise innerhalb der Sozialdemokratie noch mehr verschärfen. Hat man deshalb die Regierung Brüning ein Jahr lang „toleriert," und all ihre ungeheuerlichen Angriffe auf die arbeitenden Massen gestützt, damit er der Sozialdemokratie am Schluß doch den Fußtritt gibt?

In wenigen Tagen wird der Leipziger Parteitag der SPD eröffnet werden. Hier wird die Haltung der Partei zum Kabinett Brüning im Mittelpunkt der Debatten stehen, und zwar nicht nur hinsichtlich der Vergangenheit, sondern ganz besonders hinsichtlich der jetzt wieder zu erwartenden neuen Notverordnungen. Wenn die Sozialdemokratie auch diese „toleriert", wenn sie dem neuen Abbau der Sozialpolitik, dem erneuten Angriff auf die Löhne, der abermaligen Kürzung der Beamtengehälter wiederum ihre Unterstützung leiht, wird dadurch die innere Krise noch heftiger, der Abstrom der Massen zu den Kommunisten noch stärker werden. Aber kann sie anders?

Die Blätter der „linken" SPD-Führer „mahnen", angesichts der niederschmetternden Wahlergebnisse von Oldenburg, „zur Umkehr, ehe es zu spät ist." Aber die Partei müßte nicht längst dem Sozialfaschismus verfallen sein, um noch einen solchen Ausweg finden zu können. Ihr bleibt kaum noch Spielraum, ihre sozialfaschistische Politik durch einige kleine Manöver vor den Massen zu maskieren. Man wird in Leipzig den „Linken" um Seydewitz und Rosenfeld erlauben, in zahmen Worten ein wenig „Opposition" zu spielen. Aber an dem sozialfaschistischen Kurs der Partei wird, will und kann man nichts ändern.

Die Kommunistische Partei, die soeben in Oldenburg den prozentual stärksten Stimmgewinn erzielen konnte, was bei dem industriearmen, kleinbürgerlich-bäuerlichen Lande besonders ins Gewicht fällt, hat auf der letzten Tagung des Zentralkomitees die gegenwärtige Lage und die Entwicklungsmöglichkeiten für die nächste Zukunft einer ernsten Prüfung unterzogen. Vertiefung und Verbreiterung des Einflusses in den Betrieben, Aktivierung der Erwerbslosenbewegung, verstärkte Anstrengung zur Gewinnung der sozialdemokratischen Arbeiter und daneben systematische Arbeit unter den Massen des Kleinbürgertums und der werktätigen Bauern sind die wichtigsten unter den konkreten Aufgaben, die sie sich zu stellen hat.

2 Jahre Zuchthaus auf Grund des § 218

Cleve, 23. Mai.

Am 22. Mai d. J. wurde der Heilkundige Schreiner von dem Schöffengericht in Cleve (Rheinland) auf Grund des § 218 zu 2 Jahren Zuchthaus und 3 Jahren Ehrverlust verurteilt. Schreiner beschuldigt sich selbst der Abtreibung in 7000—8000 Fällen, die er an Arbeiterfrauen vorgenommen hat, um sie vor der bittersten Not zu bewahren.

Dr. Wolf und Frau Dr. Kienle in die UdSSR

Dr. Friedrich Wolf hat sich auf mehrere Monate in die Sowjetunion begeben, wo er mit seinen Erfahrungen die Einrichtung von Krankenhäusern und Arbeitersanatorien in verschiedenen Städten unterstützen soll. Frau Dr. Kienle fährt ebenfalls auf eine bestimmte Zeit in die UdSSR.

Die 14 Tage der Dresdner Volkszeitung

Schnelle Arbeit des Herrn Brüning und der SPD gegen die Arbeiter

Am 7. Mai verteidigte die Volkszeitung die schamlose Abwürgung des KPD-Antrages auf sofortige Einberufung des Reichstages zwecks Stellungnahme zur Brotpreiserhöhung. Wörtlich erklärte sie:

„Obwohl nicht sicher ist, ob die bisher eingeleiteten Maßnahmen der Reichsregierung dieses Ziel erreichen werden, so wird man doch annehmen können, daß durch sie schneller etwas erreicht wird, als wenn man bis zum Zusammentritt des Reichstages warten würde, der doch frühestens in zehn bis vierzehn Tagen erfolgen könnte."

Jetzt sind 14 Tage vergangen, und etwas darüber ... Die Hoffnung auf Herrn Brüning und sein energisches Eingreifen hat sich als berechtigt erwiesen! — für die Großagrarier nämlich, für die Broträuber, Getreidespekulanten, für die Börsenjobber und — für Herrn Baade von der SPD!

Der Brotpreis ist nicht gesenkt, im Gegenteil: er ist an einigen Orten sogar erneut in die Höhe getrieben worden. Das ist das Resultat der „bisher eingeleiteten Maßnahmen der Reichsregierung", denen die SPD so gut den Weg ebnen wollte, daß ihr die KPD-Forderung auf Reichstagseinberufung als ein zu umständlicher Weg erschien ...

Und jetzt muß die SPD plötzlich einen neuen Schwindel inszenieren. Die „Linken" erheben plötzlich die Forderung der KPD, nachdem die SPD sie abgewürgt hatte, und fordern sie ... vom Parteitag. Der Parteivorstand läßt durch die SPD-Fraktion einen Bittbrief an Herrn Brüning schreiben und macht dem Hungerkanzler „Vorhaltungen", weil — eben weil der Parteitag vor der Tür steht! Das Gaukelspiel der Schurken ist enthüllt. Vor drei Tagen brachten wir bereits die Meldung, die den neuen Schwindel der SPD ankündigte, prompt ist er jetzt eingetroffen.

Und der Zweck? Die Diktaturregierung des Kapitals braucht Zeit, um in Ruhe ihre Anschläge vorzubereiten und durchzuführen. Die SPD-Führer parieren. Aber gleichzeitig brauchten auch sie „Ruhe", um ihre Verbrechen hinter den Kulissen weiterzutreiben. Nicht nur den Brotwucher, die gesamte Stellung zur Diktaturverordnung wagte die SPD-Fraktion nicht öffentlich zu behandeln, aber auch das abgekartete Spiel mit der neuen, bereits fertig in der Schublade des Brüningkabinett liegenden neuen Renten- und Unterstützungsraubverordnung sollte verhüllt bleiben — bis zum Parteitag.

Die schamlosen Hinhaltungsmanöver der SPD-Führer und ihrer Presse sind nicht nur ein Betrug an der gesamten Arbeiterschaft, sie sind gleichzeitig ein niederträchtiger Versuch, die noch leidenden, von der Politik ihrer Führer ins Elend getriebenen Massen der SPD-Arbeiter bis zum Parteitag zu narkotisieren, um sie dann vor die vollendete Tatsache zu stellen, wenn die Delegierten nach Hause geschickt worden sind!

Dieses schändliche Spiel gilt es zu durchkreuzen! SPD-Arbeiter! Auf dem Parteitag in Leipzig wird nur eine Komödie aufgeführt werden — **ihr aber müßt den Kampf aufnehmen um eure Existenz Schulter an Schulter mit euren kommunistischen und parteilosen Arbeitern! Zerreißt die Hungerschlinge, die die Brüning-Diktatur gemeinsam mit den SPD-Führern um euch um den Hals geworfen haben! Her zur roten Einheitsfront!**

Junker zittern vor der roten Aufklärung

Das Bauernhilfsprogramm der KPD und sein Echo in der agrarischen Presse

Wie sehr das Bauernhilfsprogramm der Kommunistischen Partei bei den Feinden des Volkes eingeschlagen hat, das zeigt das Echo, das es in der agrarischen Presse gefunden hat. Man kann es nicht verschweigen, so versucht man die Bauern vor dem Kommunismus einzuschüchtern. Man kann aber gegen die Forderungen der Kommunistischen Partei zu Gunsten der Bauern nichts sagen, deshalb gibt man sie entweder kommentarlos wider, oder demontiert, wie die Berliner Börsen-Zeitung, den deutschen Bauern das Schicksal der russischen Agrarier und Kulaken, wobei man nur die Kleinigkeit vergißt, daß die notleidenden deutschen Kleinbauern im wachsenden Maße zu der Erkenntnis kommen, daß der Weg zu ihrer Freiheit auch nur, wie in der Sowjetunion, über die restlose Ausschaltung und Beseitigung der wucherischen Junker geht.

Bezeichnend ist besonders, in welcher Weise das Blatt des Ministers Schiele, die Deutsche Tageszeitung, ihre Leser über das kommunistische Bauernhilfsprogramm informiert. Unter der Ueberschrift: **„Rote Agitation auf dem Lande"** heißt es:

„Die letzte Plenartagung des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Deutschlands, faßte Beschlüsse zur Bauernpolitik der KPD. Am Anschluß an die Tagung hielt der Vorsitzende der Partei, Thälmann, am 16. 5 eine programmatische Rede in Oldenburg, in der er das vom Zentralkomitee beschlossene „Bauernhilfsprogramm der KPD" proklamierte. Dieses Programm, das am heutigen 20. Mai von der ganzen kommunistischen Presse im Reich veröffentlicht wird, stellt den offensichtlichen Versuch dar, die letzmalig noch bei den Wahlen in Oldenburg in Erscheinung getretene Radikalisierung landlicher Bevölkerungskreise für kommunistische Zwecke auszunutzen. Das Programm enthält u. a. folgende Forderungen: „Niederschlagung der fünf Milliarden Schuldenlast der Klein- und Mittelbauern, weg mit den 500 Millionen Schuldenzinsen, Aufhebung der Steuerlast in Höhe von 150 Millionen für die Kleinbauern, Herabsetzung der Steuern für die Mittelbauern auf Grund der indirekten Steuern und des Pachtbetrags in Höhe von 400 Millionen an die Großgrundbesitzer, und unentgeltliche Bereitstellung von Land für die landarmen Bauern und Bauernsöhne, Bereitstellung der 25 Millionen Ostmittel ausschließlich für die Werktätigen, Aufhebung der volksfeindlichen Zölle, volle Unterstützung für die ganze Dauer der Arbeitslosigkeit für die davon betroffenen Kleinbauern und Bauernjugend, staatliche Alters- und Krankenfürsorge für die Kleinbauern und Bauern-Witwen und Fischer, sofortige Aufhebung der Beschränkung des Vollstreckungsverordnung und Aufhebung der Beschränkung des Vorkaufsrechts der bäuerlichen Kleinbrenner, Einstellung der Reparationszahlungen, Kampf für die Arbeiter- und Bauernregierung."

Man kann es nur begrüßen, wenn die agrarischen Blätter auf diese Weise auch ihren kleinbauerlichen Lesern von kommunistischen Bauernforderungen Kenntnis geben. Aufgabe unserer Genossen ist es, dafür zu sorgen, daß jeder Kleinbauer den genauen Wortlaut des Bauernhilfsprogramms zu Gesicht bekommt. Ins Volk, ins Dorf!

Das Stennes-Organ zum Bauernhilfsprogramm

Das soeben herausgekommene neue Nummer der Stennes-Zeitung „Arbeiter, Bauern, Soldaten" enthält eine scharfe Verurteilung des kommunistischen Bauernhilfsprogramms, in der es u. a. heißt:

„Neben Forderungen, die nur aus Agitation gestellt sind, und deshalb vermerken müssen, enthält dieses Programm eine ganze Anzahl sehr vernünftiger Richtlinien. Es fordert u. a. Niederschlagung der 5 Milliarden Schuldenlast der Klein- und Mittelbauern, weg mit den Fünfhundert Millionen-Schuldenzinsen, unentgeltliche Bereitstellung von Land für die landarmen Bauern und Bauernsöhne."

Es ist immerhin bemerkenswert, daß selbst dieser faschistische Gegner anerkennen muß, daß die kommunistischen Richtlinien „vernünftig" sind um nicht mehr zu sagen.

Dresdner Polizei schikaniert rote Kavallerie

Heute veranstalten ca. 250 rote Motorradfahrer und eine große Zahl roter Radfahrer aus ganz Mitteldeutschland ein Treffen in Dresden. Das Dresdner Polizeipräsidium hat, wie wir erfahren, den Motorradfahrern lediglich 15 (in Worten: fünfzehn!) Teilnehmer an der geplanten Rundfahrt gestattet. Die gesamte Arbeiterschaft erhebt schärfsten Protest gegen diese neuen Schikanen der Polizei gegen den roten Sport. Daß es sich um eine direkt gegen den roten Sport gerichtete Maßnahme handelt, geht daraus hervor, daß im Vorjahre die Rundfahrt der „Solidarität" anstandslos zugelassen worden war.

Die werktätige Bevölkerung Dresdens wird sich durch diese Polizeischikane davon abhalten lassen, die rote Kavallerie in ihren Straßen aufs freudigste zu begrüßen. Rot Sport! Trotz alledem!

Kommunisten im Hungerstreik!

Arbeitermörder freigelassen!

Stuttgart, 23. Mai. (Eigene Drahtmeldung)

Die Genossen Kurt Flohr und Willi Rademeyer, die sich seit dem 1. Januar wegen Landfriedensbruch in Untersuchungshaft befinden, sind in Hungerstreik getreten. Die Genossen wurden seinerzeit nach einem Zusammenstoß mit Nationalsozialisten verhaftet. Der Hungerstreik ist ein Protest gegen die Staatsanwaltschaft, die das Untersuchungsverfahren immer wieder verschleppt. Genosse Flohr leidet an einer schweren Lungentuberkulose. Sein Leiden hat sich in letzter Zeit so verschlimmert, daß das Schlimmste zu befürchten ist. Während aufrechte Proletarier als Gefangene dieser Republik zugrunde gehen, laufen die nationalsozialistischen Mörder frei herum. Das Berliner Kammergericht hat die Haftentlassung des Nationalsozialisten Kaden, der gemeinsam mit anderen Nationalsozialisten in der Neujahrsnacht die Reichsbannerleute Schneider und Graf erschossen hat, bestätigt.

Berichtigung zur Thälmann-Rede. In der Wiedergabe der großen Rede des Genossen Thälmann in Oldenburg: „Kampf der Bauernnot" ist auf der vierten Seite infolge eines Korrekturfehlers ein Irrtum entstanden. Es handelt sich nicht um das „Schlußwort", wie es irrtümlich heißt, sondern um den Schluß der Rede.